

sten Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands besondere Beachtung.

Die gleiche große Beachtung gebührt dem Verhältnis der KPD zur SPD, der kommunistischen zu den sozialdemokratischen Mitgliedern, Gewerkschaftern und Arbeiterfunktionären.

Das Wahlergebnis vom 6. September 1953, die Maßnahmen zur beschleunigten Remilitarisierung, die zunehmende politische Entrechtung und die wirtschaftliche Knebelung haben tiefgehende Auseinandersetzungen innerhalb der SPD hervorgerufen. Es ist eine Tatsache, daß die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion sowie die zielstrebige Politik unserer Partei und der Regierung, die dem Frieden und der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage dient, auf diese Auseinandersetzungen einwirken und von zahlreichen sozialdemokratischen Arbeitern allmählich verstanden werden.

Das Neue besteht darin, daß zahlreiche Ortsorganisationen und eine wachsende Zahl von Mitgliedern und von Arbeiterfunktionären der SPD eine kämpferische, von den Westmächten unabhängige und selbständige Politik gegen die Bonner Regierung und ihren Kurs fordern. So traten die Delegierten der Unterbezirkskonferenz der SPD in Köln dafür ein, daß EVG und Wiederbewaffnung abzulehnen sind, da diese nur die politische Machtfülle des Besitzbürgertums stärken, alle aus der Rüstung anfallenden Lasten den arbeitenden Massen aufbürden und alle Elemente des Militarismus und Nationalismus fördern sowie das innerpolitische Kräfteverhältnis zum Nachteil der Arbeiterbewegung weiter verschlechtern.

Das sind richtige Feststellungen, denen die gesamte Arbeiterklasse zustimmen wird. Besonders bedeutungsvoll aber ist die Feststellung, daß die Räumung Deutschlands von allen vier Besatzungsmächten als eine Voraussetzung für eine unabhängige, demokratische Entwicklung notwendig ist, wobei sie sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen.

Hier zeigt sich, wie trotz Hetze, Verfälschung oder Totschweigens die Vorschläge der Regierung der UdSSR und die Vorschläge unserer Regierung immer stärkere Zustimmung bei den Werktätigen Westdeutschlands finden. Auch ihre Einstellung zur Deutschen Demokratischen Republik beginnt sich zu verändern. So verlangen sozialdemokratische Organisationen in Nordrhein-Westfalen und in Bayern von ²